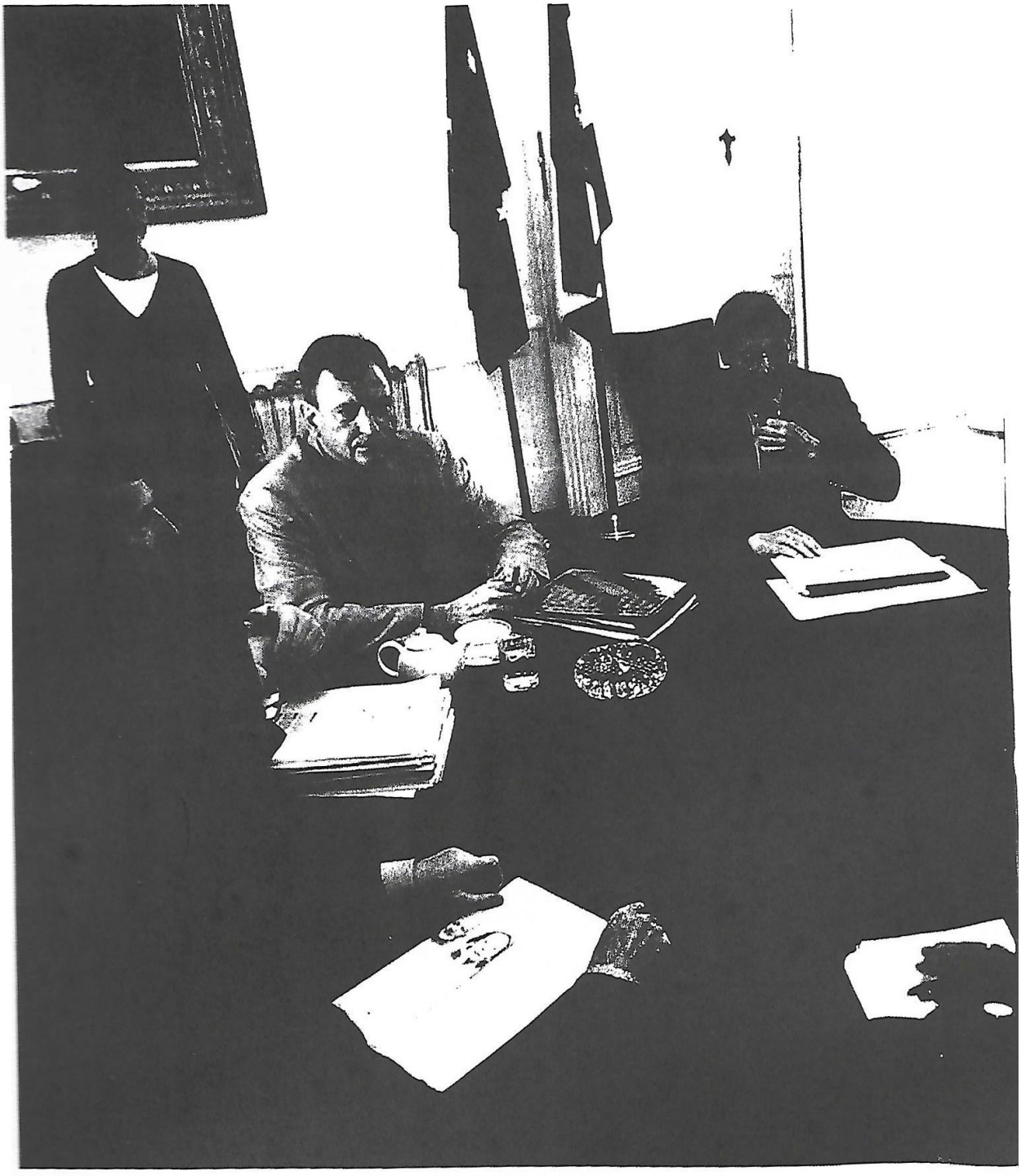
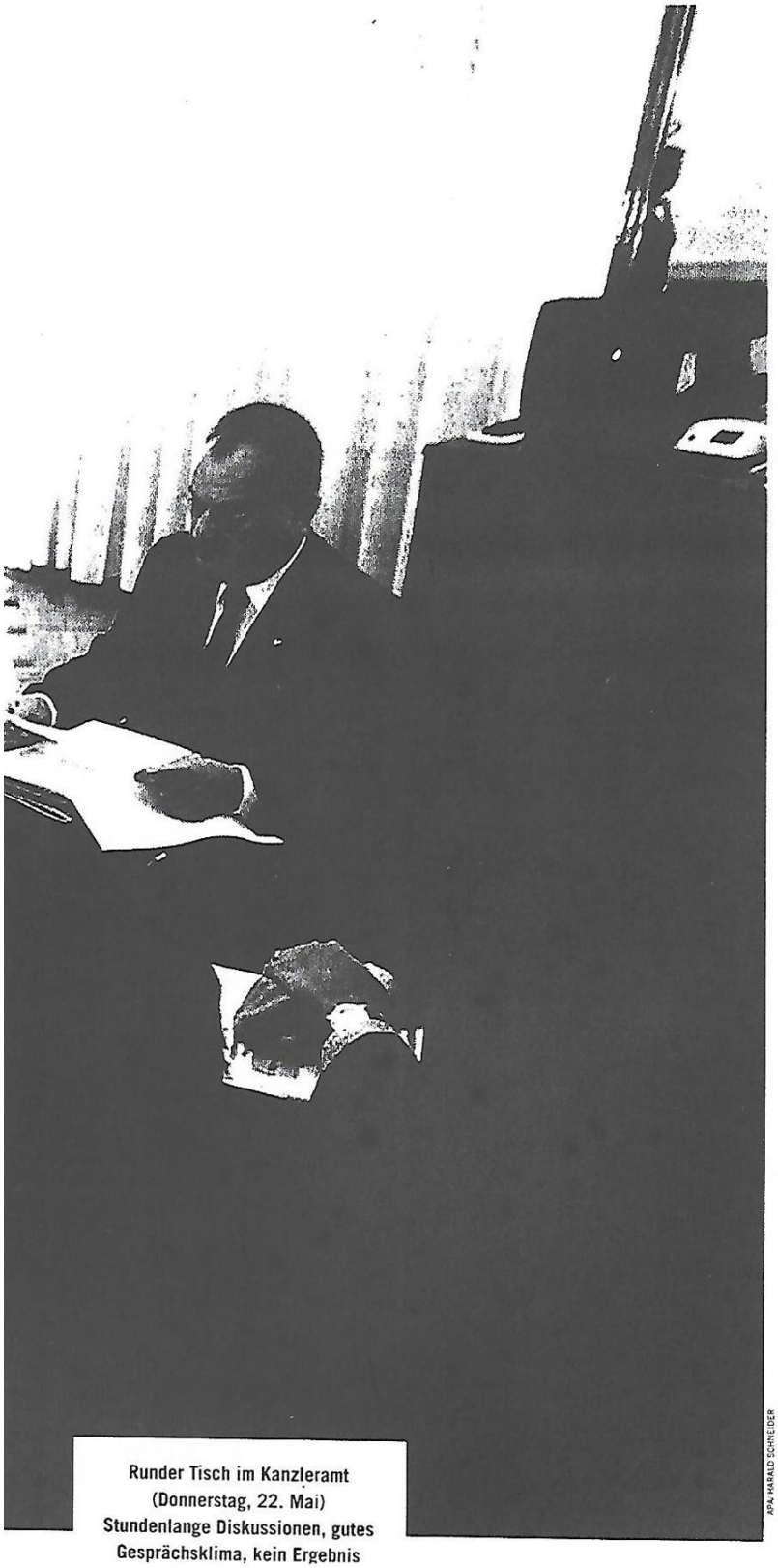
Regierendes Chaos



Koalition. Nach dem Verhandlungsmarathon glaubt Kanzler Schüssel, die Schlacht um die Pensionsreform gewonnen zu haben. Die Gewerkschaften rüsten für den Streik, unangenehm könnte nur mehr Jörg Haider werden. Von Gernot Bauer, Ulla Schmid, Rosemarie Schwaiger und Christa Zöchling



APA/HARALD SCHNEIDER

Runder Tisch im Kanzleramt (Donnerstag, 22. Mai) Stundenlange Diskussionen, gutes Gesprächsklima, kein Ergebnis

Fritz Verzetnitsch hat wohl gewusst, was ihm bevorstand. Als der ÖGB-Präsident Donnerstagabend gegen 20 Uhr im Bundeskanzleramt eintraf, war er nicht gerade bester Laune. Der Auftrag, den ihm seine Gremien mit auf den Weg gegeben hatten: „Wir bleiben bis zum bitteren Ende sitzen, wir stehen nicht als Erste auf."

Doch das bittere Ende ließ auf sich warten. Erst nach 10 Uhr am nächsten Morgen war die Sitzung beendet und Verzetnitsch verließ – erschöpft, aber unglücklich – den Sitzungssaal. Er habe leider vergeblich für die Wahlfreiheit bei der Frühpension gekämpft, teilte der Gewerkschaftsboss den wartenden Journalisten mit.

Rund 14 Stunden waren Regierung, Sozialpartner und Experten beisammen gesessen, um die Pensionsreform zu diskutieren. Gelabt nur mit Obst, Würsteln und Gugelhupf, bemühte sich die hochkarätige Runde um eine Lösung für das derzeit am heftigsten umfehdete Thema der heimischen Innenpolitik.

Das Ergebnis aus Sicht des ÖGB: bescheiden.

Das Ergebnis aus Sicht der ÖVP: viel versprechend.

Das Ergebnis aus Sicht von Bernd Marin, der als Pensionsexperte an der Debatte teilgenommen hat: „Das Gesprächsklima war überraschend gut, sehr freundlich und sachlich. Beide Seiten haben sich bewegt."

Offensichtlich jedoch nicht weit genug.

Reduzierter Druck. Ob es zwischen Regierung und Arbeitnehmervertretern noch zu einer Einigung in der Pensionsdebatte kommen wird, ist fraglich, auch wenn beide Seiten ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen erklärten. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel ist es zumindest gelungen, mit einigen Zugeständnissen den größten Druck von seinem Reformvorhaben zu nehmen. Kritik aus den eigenen Reihen gab es jedenfalls am Freitagnachmittag nicht mehr, und auch der Koalitionspartner trat moderater auf als in den Wochen zuvor. Gewerkschafter und Streiks können Schüssels „Jahrhundertreform" wohl nicht mehr ernsthaft gefährden, unkalkulierbares Risiko geht je- ▶

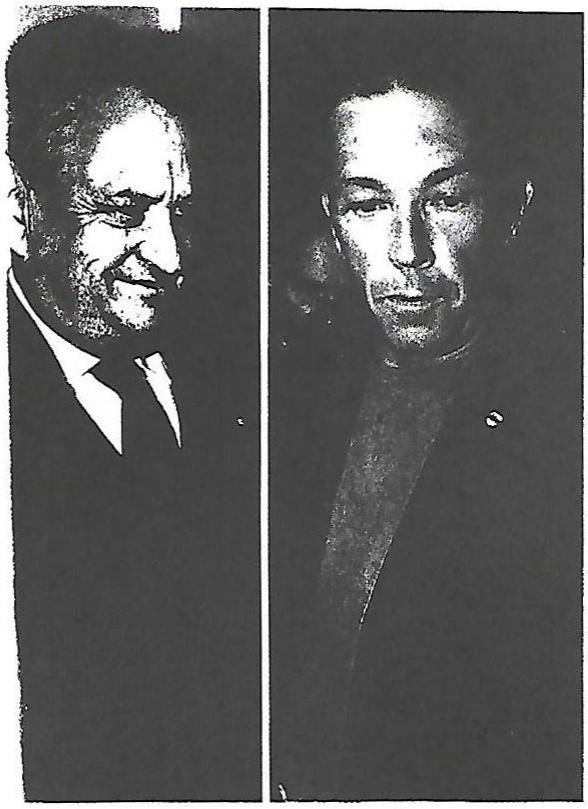
doch nach wie vor vom Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider aus, auch wenn sich dieser für seine Verhältnisse am Freitag eher handzahm gab.

Entscheidende Szenen hatten sich bereits in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, beim zweiten runden Tisch im Kanzleramt, abgespielt. Kurz vor Mitternacht waren die Verhandler vor die Medienvertreter getreten: Ringsum müde, enttäuschte Gesichter, nicht einmal der stets optimistische Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl konnte sich zu einem Lächeln aufraffen, nur der Kanzler sprach von Fortschritten – „bei allem Dissens".

Als die Scheinwerfer schon lang abgedreht und alle Journalisten gegangen waren, saßen Schüssel, Leitl, Verzetnitsch und AK-Präsident Herbert Tumpel noch immer beisammen. Der Kanzler hatte die Herren zu einem Stamperl Schnaps gebeten. Bei Hochprozentigem präsentierten die drei Sozialpartner Schüssel erstmals ein Kompromisspapier, das in den Tagen zuvor von ihren Experten ausgearbeitet worden war:

- Grundsätzlich soll das gesetzliche Pensionsantrittsalter gelten, wer in Frühpension gehen will, kann das tun, muss allerdings Abschläge in Kauf nehmen.
- Wer 45 Versicherungsjahre hat, soll weiterhin ohne Abschläge in den Ruhestand treten dürfen.
- Teilzeitarbeit soll Frauen mit Betreuungspflichten bis zum

Haupt, Haider
Warten auf das Comeback des Ex-Parteichefs



APA (2)

„Wir haben mit der FPÖ gemeinsam verhandelt. Ich gehe davon aus, dass ein Handschlag ein Handschlag ist"

siebenten Lebensjahr des Kindes als Vollzeitjob berechnet werden.

▸ Die unterschiedlichen Versicherungssysteme müssen harmonisiert werden.

Um das Budget nicht zu belasten, hatten die Sozialpartner eine zeitlich – bis zum Inkrafttreten der Reform – befristete Erhöhung des Pensionsbeitrages für die Arbeitnehmer um 0,35 bis 0,5 Prozent vorgeschlagen. Der Kanzler blieb kühl: Er kenne das schon, meinte Schüssel sinngemäß, Beiträge zu erhöhen wäre die alte Leier.

Im ÖGB-Präsidium standen wenige Stunden später, am Donnerstagvormittag, die Zeichen naturgemäß auf Sturm. Einzelne Teilgewerkschafter rügten ihren Präsidenten Verzetnitsch, weil dieser für den Abend die Teilnahme an einer weiteren Verhandlungsrunde am runden Tisch zugesagt hatte: Man könne sich vom Kanzler „doch nicht papierln lassen". Die Stellungnahme, die Verzetnitsch nach der Sitzung abgab, war entsprechend scharf: „Keine Abschaffung der Frühpensionen, Rückziehen des Entwurfs, umfassendes Gesamtpaket inklusive Harmonisierung bis 30. September."

Die Nacht von Donnerstag auf Freitag geriet zur Nervenprobe. Über drei Stunden referierten zunächst die Pensionsexperten Alois Guger und Bernd Marin über die Lage am Arbeitsmarkt. In den frühen Morgenstunden bestimmte dann das Sozialpartnerpapier die Diskussion. Immer wieder wurden Experten aus dem Nebenzimmer gerufen, um Varianten durchzurechnen. Vizekanzler Herbert Haupt verkomplizierte die Verhandlungen, indem er immer wieder Teile seines Forderungskatalogs einbrachte – von den Zeitsoldaten über die Hacklerregelung bis zu den Frauen.

Showdown im Morgengrauen. Als es bereits hell wurde, waren die Kontrahenten am Knackpunkt angelangt. Der Kanzler beharrte auf der Abschaffung der Frühpensionen. Einziges Zugeständnis: Bis zur Einführung eines Pensionskontos sollten die Verluste aus der Rentenreform mit maximal zehn Prozent begrenzt („gedeckelt") werden.

Nach 14 Stunden war schließlich alles vorbei. Auf eine Reporterfrage nach seiner persönlichen Befindlichkeit gab Schüssel launig zu Protokoll, er verspüre eigentlich keine Müdigkeit.

Den Ausgang der Sitzung kann der Kanzler als Erfolg verbuchen, denn mit der Idee eines Solidarbeitrages haben ihm die Arbeitnehmervertreter jede Menge Munition in die Hand gegeben, die er nun gegen sie verwenden kann.

Der von den Sozialpartnern nur befristet gedachte Solidarbeitrag würde pro Jahr 312 Millionen Euro ins Budget spülen – kein schlechtes Sümmchen für den trudelnden Staatshaushalt. Setzt Schüssel dies – vielleicht sogar ohne Befristung – um, könnte er, so die Befürchtung im ÖGB, die Arbeitnehmervertreter in der Öffentlichkeit als Erfinder dieser Belastungsmaßnahme darstellen.

▸ Gleichzeitig könnte Schüssel der noch skeptischen Beamtengewerkschaft eine Zustimmung zu seiner Pensionsreform schmackhaft machen, indem er anbietet, statt der geplanten einprozentigen Erhöhung des Pensionssicherungsbeitrages eine Solidarabgabe von 0,5 Prozent zu akzeptieren.

▸ Die von der Regierung nun ins Spiel gebrachte zehnprozentige Deckelung der Verluste aus der Pensionsreform können Arbeiterkammer und ÖGB nicht akzeptieren. Drucker-Gewerkschafter Franz Bittner: „Diese Vereinbarung ist mit einfacher Mehrheit im Parlament jederzeit wieder zu kippen. Und dann schlagen die geplanten Maßnahmen in voller Härte durch."

▸ Die Erhöhung des so genannten Alters-Übergangsgelds (für Langzeitarbeitslose, die noch nicht pensionsreif sind) ist ein Zugeständnis, das der ÖGB schlecht ausschlagen kann. Nur: „Das ist eine auf drei Jahre befristete Maßnahme", wendet ein Gewerkschafter ein. „Was ist mit den Leuten, die nach 2006 arbeitslos werden, bevor sie pensionsreif sind?"

Bei der Hacklerregelung machte der Kanzler ein vermeintlich verlockendes Angebot: Für jene, die 45 Beitragsjahre haben, werde die Begrenzung, dass die Pension maximal 80 Prozent des Letztbezuges betragen kann, aufgehoben, höhere Pensionen damit ermöglicht. Doch das ist bereits geltendes Recht.

Cooler Kanzler. Im kleinen Kreis soll Schüssel schon vor den Verhandlungen am runden Tisch klar gemacht haben, dass er nicht daran denke, in wesentlichen Fragen – wie der Abschaffung der Frühpension – nachzugeben. Das Scheitern der Gespräche und die Streiks würde die Koalition aushalten.

Nach der langen Nacht von Donnerstag auf Frei- ▸

APA/ROLAND SCHLAGER

Schüssel, Pröll
Der Kanzler und sein Nachfolger?

tag präsentierte Schüssel den ÖVP-Abgeordneten vor der Sondersitzung des Nationalrates seine Sicht der Dinge – bestens gelaunt, wie Sitzungsteilnehmer berichten.

Die Stimmung unter den ÖVP-Abgeordneten war nach Schüssels Schilderungen ebenfalls ausgezeichnet. Der Kanzler, so der Tenor, hätte die Gewerkschafter ins Eck gedrängt. Der ÖGB könne Streiks angesichts des Entgegenkommens der Regierung kaum rechtfertigen.

So entspannt waren die Schwarzen in den vorangegangenen Woche nicht gewesen. Nervosität angesichts der chaotischen Zustände und die Angst vor Neuwahlen führten zu einer Hausse an der Gerüchtebörse samt wildesten Spekulationen und Worst-Case-Szenarien.

Sollte Schüssels Koalition abermals scheitern, so ein Ondit, würde der niederösterreichische Landeshauptmann Erwin Pröll, angefeuert von Bundespräsident Thomas Klestil und unterstützt von schwarzen Landes- und Bündechefs, Wolfgang Schüssel zum Rückzug zwingen und nach einem fliegenden Wechsel zur SPÖ oder den Grünen neuer Bundeskanzler werden. Und auch ein älteres Gerücht wurde in schwarzen Zirkeln wieder aufgewärmt: Hatte nicht Thomas Klestil einst vor Unternehmern über seine Lieblingsvariante einer großen Koalition unter Christoph Leitl und SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer räsoniert?

Demo am 15. Mai
Die Streikdrohung des ÖGB bleibt aufrecht

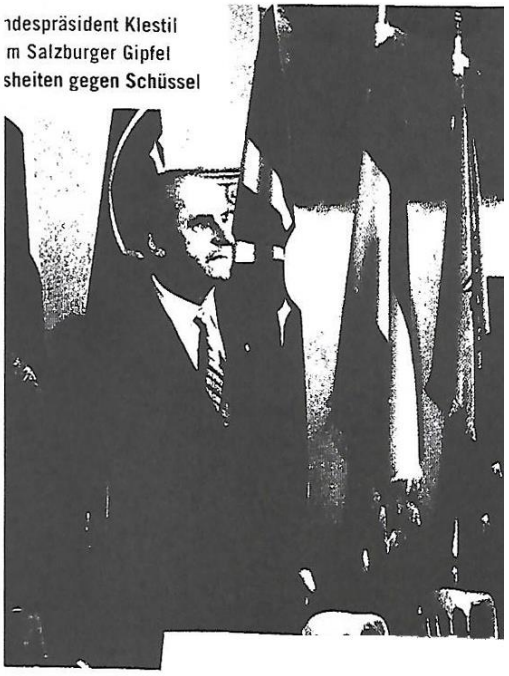
Realer als mögliche Volten des Bundespräsidenten sind allerdings die Gefahren, die von Jörg Haider ausgehen. Der Landeshauptmann will den Beschluss der Pensionsreform so lange wie möglich hinauszögern und das Thema bis in den Herbst ziehen. Intern hatte Haider vergangene Woche stolz verkündet, er könne bereits „auf mehr als zehn Abgeordnete" für den Sturz von Schüssels Pensionsplänen bauen.

Tatsächlich war FPÖ-intern in den vergangenen Wochen die Stimmung klar in Richtung Haider gekippt. Eine Konferenz der blauen Landesparteiobleute am Montag brachte eine klare Bestätigung seiner Linie. Zwei Tage später, bei einer Parteisitzung der Wiener FPÖ, äußerten einige Funktionäre offen den Wunsch nach einer Ablöse von Herbert Haupt.

Haider statt Haupt. Haiders Kärntner Getreue gehen fix davon aus, dass der blaue Altmeister im Laufe der nächsten Monate wieder den Parteivorsitz übernehmen wird. „Im Gegensatz zu Susanne Riess-Passer wird Herbert Haupt auch widerspruchslos den Sessel räumen", sagt einer der engsten Haider-Vertrauten. Der Tiroler FPÖ-Chef Willi Tilg meint: „Die Tiroler FP wird dem Bundesobmann keinerlei öffentliche Ratschläge geben, wie lange er sein Amt ausfüllen soll. Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, dass Landeshauptmann Haider 14 Jahre lang mit bisher unerreichten Erfolgen vorgezeigt hat, wie man als Bundesobmann einer Partei erfolgreich vorstehen kann."

In der FPÖ wird gemunkelt, Haider habe SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer versprochen, Schüssels Koalition in die Luft zu sprengen. In der ÖVP hofft man dagegen, mit den Reformzugeständnissen nicht ▶ nur die Gewerkschaft, sondern auch Haider am falschen Fuß erwischt zu haben. Ein VP-Abgeordneter: „Wer jetzt immer noch gegen die Pensionsreform ist, dem kann man nicht helfen." Der Kärntner Landeshauptmann wollte sich am Freitag bei der Sitzung des FPÖ-Vorstands in Wien vorerst nicht festlegen. Die Verlustdeckelung bezeichnete er als „Diskussionsvorschlag, zu dem wir noch nicht Ja gesagt haben". Ganz im Einklang mit ihrem Exparteiobmann sprachen sich die blauen Vorständler gegen den 4. Juni als Datum für den Beschluss der Pensionsreform aus.

Terminspiele. Was für die Beteiligten keine Überraschung bedeutete. Schüssel und Haupt hatten bereits längst akkordiert, die Reform nicht am 4. Juni zu beschließen. Tatsächlich dürfte die Causa aber noch vor der Sommerpause abgesegnet werden. Bis dahin sollen noch weitere Änderungen – etwa bei der Hacklerregelung – vorgenommen werden. Diesen „Erfolg" darf dann laut innerkoalitionärer Absprache die FPÖ für sich beanspruchen.

Schon vor ein paar Wochen hatten der Kanzler und sein Vize ein Worst-Case-Szenario durchgekaut und vereinbart, dass die Koalition fortgesetzt werden soll, selbst wenn die Pensionsreform am Widerstand freiheitlicher Abgeordneter scheitert. Doch das glauben nicht einmal die eigenen Leute. Ein ÖVP-Vorstandsmitglied: „Scheitert die Pensionsreform, ist auch die Regierung am Ende." ■

ıdespräsident Klestil
m Salzburger Gipfel
sheiten gegen Schüssel